

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Britta Haßelmann, Cornelia Behm, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9443 –**

Sicherung der interkommunalen Zusammenarbeit

A. Problem

Absicherung der interkommunalen Zusammenarbeit unter anderem durch eine vergaberechtliche Freistellung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9443 abzulehnen.

Berlin, den 28. Januar 2009

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Ernst Burgbacher
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Ernst Burgbacher

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/9443** wurde in der 187. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. November 2008 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist in ihrem Antrag darauf hin, dass die Zusammenarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften ein geeignetes Mittel sei, um kosteneffizient Leistungen im Gemeinwohlinteresse zu erbringen. Von daher wenden sich die Antragsteller gegen Bestrebungen der EU, solche kommunalen Zweckverbände zu EU-weiten Ausschreibungen zu verpflichten.

Deshalb wird der Deutsche Bundestag unter anderem aufgefordert,

- die interkommunale Zusammenarbeit ohne Einbeziehung Privater vom EU-Vergaberecht auszunehmen,
- sich für die Freistellung kommunaler Kooperationen mit privaten Minderheitsbeteiligungen vom EU-Vergaberecht einzusetzen und
- die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen bei der kulturellen und sozialen Daseinsvorsorge zu fördern.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/9443 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 124. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 115. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 80. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/9443 in seiner 84. Sitzung am 28. Januar 2009 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 28. Januar 2009

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

